

# BürgerInnenbrief **Mitte**

1. Dezember 2008



**DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Hochbahn +++ Turnhalle +++ Litfaßsäulen +++ Besser Wohnen +++ Erhaltungssatzung +++ Doppelrennbahn +++

## Hamburg als Konzern und die Hochbahn ein öffentliches Unternehmen?



Für den Großteil der Hamburger Bürgerinnen und Bürger dürfte der Haushaltsentwurf für die Jahre 2009/2010 ein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Ich möchte ausdrücklich bestätigen, dass sich die vorgelegten Pläne keineswegs durch eine bürgerfreundliche Präsentation auszeichnen.

Aber die schwarz-grüne Regierung ist noch einen Schritt weitergegangen. Sie betrachtet Hamburg als einen großen Konzern und legt künftig Konzernbilanzen vor. Einen kurzen Blick sollten Sie für diese neue »Errungenschaft« übrig haben: »Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als erstes Bundesland einen kaufmännischen Jahresabschluss vorgelegt.« Hamburg sei zwar aufgrund der dem Gemeinwohl dienenden Aufgabenstrukturen nicht einem Unternehmen gleich-

zusetzen, aber durchaus einem Konzern vergleichbar organisiert. Nun zeichnen sich bekanntlich auch Konzernbilanzen nicht durch große Lesefreundlichkeit aus. Wenn man etwas Genaueres über die Arbeitsbedingungen in einem Konzernteil wissen will, wird man bei der Unternehmensbilanz in der Regel nicht fündig werden. Gleichmaßen werden Sie in der Konzernbilanz nichts über die Gemeinwohl orientierten Strukturen, soziale Benachteiligungen oder gar Armut finden. Es gibt bestenfalls Hinweise, wo man an anderer Stelle etwas finden könnte.

Immerhin erfahren wir, dass neben der Kernverwaltung (Fachbehörden und Ämter) im Konzernabschluss 390 verschiedene Tochterorganisationen, Beteiligungen und Anteile

der Freien und Hansestadt eingebunden sind. In der Tat disponiert der Hamburger Senat über 287 öffentliche Unternehmen und die nachfolgend vorgestellte Hochbahn gilt in der Konzernbilanz als herausragend positives Beispiel.

Die Geschäftspolitik der Hamburger Hochbahn ist keineswegs nur darauf ausgerichtet, einen preiswerten und klimafreundlichen öffentlichen Nahverkehr in der Hansestadt sicherzustellen. Im Gegenteil: Weil die Nutzung der Hochbahn die BürgerInnen recht teuer zu stehen kommt, hat sie Spielraum für wirtschaftliche Unternehmungen in anderen Teilen der Republik.

Das Hamburger öffentliche Unternehmen ist zu einem aggressiven Anbieter von Verkehrsdienstleistungen geworden. Jetzt hat die Hochbahn verkündet, massiv in Ostdeutschland expandieren zu wollen. Das Unternehmen bewirbt sich um das Mitteldeutsche S-Bahn-Netz in Leipzig. Bei diesem Netz, dessen Ausschreibung bis Mai 2009 läuft, handelt es sich um sechs Linien, die von Dezember 2011 an betrieben werden sollen, wenn der neue Leipziger City-Tunnel fertig ist. Mit ihm wird der ganze Nahverkehr in der Region neu geordnet, einschließlich Strecken nach Halle, Bitterfeld, Hoyerswerda und Zwickau. Das Volumen des Auftrags, den die Expansionsgesellschaft der Hochbahn, BeNEX, zusammen mit einem Partner vor Ort gewinnen will, beläuft sich auf neun Millionen Zugkilometer.

Die »BeNEX« (Leitspruch »Besseres Netz im Nahverkehr«) wurde als Tochtergesellschaft der Hochbahn gegründet, um im öffentlichen Nahverkehr der Berliner Republik wildern zu können. Angesichts weiterer auslaufender Schienenverträge der Deutschen Bahn sieht die Hochbahn dafür große Wachstumschancen. Außerdem hätten viele Städte Handlungsbedarf, ihre Verkehrsbetriebe effizienter zu strukturieren.

Die Hochbahn hat sich zudem einen australischen Finanzinvestor ins Unternehmen geholt, um die Expansion in andere Teile der Republik und Europa besser vorantreiben zu können. Seit Mitte 2007 ist die australische Investmentgesellschaft Babcock & Brown Public Partnership mit 49% an der BeNEX beteiligt. Die Mehrheit von 51% verbleibt im Besitz der Hochbahn.

In der BeNEX sind alle Hochbahn-Beteiligungen außerhalb Hamburgs gebündelt und ihr Wert wird auf 100 Mio. Euro taxiert. Stammsitz der neuen Holding mit einem Umsatz von rund 215 Mio. Euro ist Hamburg. Diese Beteiligung sei »ein Meilenstein für das Expansionsgeschäft der Hochbahn«, sagte Finanzsenator und Hochbahn-Aufsichtsratschef Michael Freytag (CDU). »Wir sind froh, einen international renommierten Partner gewonnen zu haben.«

Die BeNEX bedient derzeit 20 Strecken in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Hessen. Hinzu kommen ab 2010 zwei weitere Netze in Bayern. Die Hochbahn ist nach der Deutschen Bahn der zweitgrößte deutsche Nahverkehrsanbieter. Neben ihrer Bewerbung um das Mitteldeut-



sche S-Bahn-Netz will sie auch um das derzeit größte ausgeschriebene Netz im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Brandenburg mit 20 Millionen Zugkilometern mitbieten. Wenn Sie also künftig - nachdem Sie über die Treppe, weil wieder einmal die Rolltreppe nicht funktioniert, den verdreckten Bahnsteig erreicht und in der überfüllten U-Bahn einen Platz gesucht haben - im Hochbahnzug fahren, werden sie gewiss voller Stolz über die Exportbotschaft nachdenken: Hamburg bringt aufgrund hoher ÖPNV-Preise anderen Teilen der Republik das bessere Netz nah.

### Expansionsstrategie durch Lohndumping

Mit welchen Methoden die Hochbahntochter BeNEX im Wettbewerb um die staatlichen Milliardenmittel für den Schienenpersonennahverkehr kämpft, wurde kürzlich in einem Schlagabtausch anlässlich einer Podiumsdiskussion in Berlin zwischen Ulrich Homburg, Vorstandschef der Deutsche-Bahn-Tochter DB Regio, und Günther Elste, Chef der Hamburger Hochbahn (HHA), öffentlich. Homburg warf der Hochbahn vor, bei ihrer Nahverkehrstochter BeNEX mit Dumping-Löhnen anzutreten und so Ausschreibungen zu gewinnen.

Anlass für den Vorwurf war ein Internet-Stellenangebot der Bundesagentur für Arbeit. Eine Firma Tereg Gebäudedienste suchte dort für den Arbeitsort Görlitz zehn Zugbegleiter für einen Stundenlohn von 7,44 Euro plus Zuschlägen. DB Regio, so Homburg, sei bundesweit an Tarifvereinbarungen gebunden, die einen Mindest-Stundenlohn von gut 13 Euro vorsehen. Tereg ist eine weitere Tochter des Hamburger Hochbahn-Konzerns. Sie sucht die Zugbegleiter für die Ostdeutsche Eisenbahngesellschaft (ODEG). Diese, eine Tochter von BeNEX und des britischen Nahverkehrskonzerns Arriva, hatte die Ausschreibung für vier Linien des »Spree-Neiße-Netzes« gewonnen und startet dort zum Fahrplanwechsel Mitte Dezember.

Im Klartext: Die Hochbahn nimmt die Verkehrsleistung in Hamburg als Grundlage für Expansionsstrategien in anderen Regionen. Da wird auch verständlich, warum der Verkauf und das Zurückleasen von 23 U-Bahn-Zügen zusätzlich Geld in die Kasse spült und die Hochbahn zu einem Dumpinganbieter von Verkehrsleistungen geworden ist.

### Heuschrecke in Not

Von der Hereinnahme von Babcock & Brown in die BeNEX versprach sich die Hochbahn einst frisches Kapital, um ihre Expansionspläne zu finanzieren. Für die ersten vier Jahre wurde dem Finanzinvestor eine Garantiedividende zuge-



sagt, »die sich an den üblichen Renditen im ÖPNV (Öffentlicher Nahverkehr) orientiert«. Sollte BeNEX bis 2011 weniger als 60% des angestrebten Unternehmensziels erreichen, hieß es damals, könne Babcock & Brown aus dem Geschäft über eine Exitoption vorzeitig aussteigen. Nun steigt der Finanzinvestor wahrscheinlich sehr viel früher aus – wegen Insolvenz. Denn mit 3,1 Mrd. australischen Dollar Verbindlichkeiten steckt Babcock & Brown knietief in den Schulden. Seit Wochen verhandelt das Unternehmen mit einem Konsortium aus gut zwei Dutzend Gläubigerbanken über die Refinanzierung seiner Schulden. Wie groß das Misstrauen des Marktes gegenüber Babcock ist, zeigt sich auch daran, dass der Aktienkurs seit Jahresbeginn mehr als 99% an Wert verloren hat. Selbst die Ratingagentur Standard & Poor's schloss zuletzt indirekt die Pleite der Gesellschaft nicht mehr aus. Bereits vor ein paar Tagen hat der Investor die Aussetzung seiner Aktie im Börsenhandel beantragt. Nun will die Münchener Hypo-Vereinsbank (HVB) eine Zahlung über 70 Millionen Euro einfrieren – und versetzt den Australiern damit womöglich den Todesstoß. Die HVB hatte vor dem Börsengang von Babcock & Brown im Jahr 2004 eine Beteiligung von 20% am Unternehmen gehalten. Diese wurde aber deutlich reduziert und liegt mittlerweile unter 3%.

Offen ist, ob die HVB mit dem Einfrieren des Millionenbetrags die Verschärfung der Krise erst ausgelöst oder aber darauf reagiert hat. Das Vorgehen dürfte aber andere Gläubiger verärgert haben, weil damit die Wahrscheinlichkeit einer Pleite gestiegen ist. Besonders pikant: Mit im Bankenkonsortium sitzt mit einem kleineren Engagement auch die WestLB, möglicherweise sogar weitere Landesbanken.

Das Beispiel der Hochbahn AG zeigt: Hamburgs öffentliche Unternehmen müssen einer harten Kontrolle unterworfen und zu einer radikalen Änderung ihrer Geschäftspolitik ge-

zwungen werden. Nur vordergründig hat sich die CDU von ihrer Privatisierungspolitik öffentlicher Unternehmen verabschiedet. Das Beispiel der Hochbahn zeigt: Auch ein öffentliches Unternehmen kann eine Geschäftspolitik entwickeln, das in Sachen Lohnpolitik, Arbeitsbedingungen etc. allen privatkapitalistischen Firmen den Rang abläuft.

Insofern sind die Verlautbarungen der PolitikerInnen der schwarz-grünen Koalition nichts wert. Es geht ihnen weiterhin um »intelligente Privatisierung«. Ein schönes Beispiel ist die jetzt verkündete Sanierung der Schulen. Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL) betreibt das Aus einer jahrzehntealten Behörden-Einrichtung. Die Schulbauverwaltung, traditionell eine der Säulen der Behörde, soll abgeschafft werden. Alle Aktivitäten rund um das Thema Sanierung, Bauerhaltung und Neubau von Schulen sollen an einer Stelle gebündelt werden – und nicht mehr der Schulbehörde unterstellt sein. Viele Eltern werden aufatmen, endlich wird der Verfall der Schulgebäude gestoppt... Der Pferdefuß: Mit der Gründung des Sondervermögens Schulbau folgt der Senat einem Vorschlag der Beratungsfirmen Ernst & Young Real Estate GmbH, Ernst & Young AG sowie White & Case LLP. Ein Sondervermögen, das nach Paragraph 26 der Landeshaushaltsordnung organisiert ist, kann eigenständig Kredite aufnehmen und damit erheblich flexibler reagieren. Laut Senatsdrucksache ermöglicht die eigenständige Kreditermächtigung gerade in der Anfangsphase von 2009 an notwendige Investitionen in die Bauunterhaltung, um weitere Schäden zu vermeiden.

Der Senat erklärt treuherzig: Im Haushalt ist alles im Lot. Keine Neuverschuldung. Aber die Schulen werden in ein Sondervermögen ausgelagert und können über die Kredit- und Finanzmärkte entsprechende Mittel aufnehmen. Darin besteht also das Geheimnis der wundersamen Welt der Konzernbilanz der Freien und Hansestadt Hamburg.

## Turnhalle wieder bei der Jüdischen Gemeinde?

Im späten Frühjahr 2008 wurde bekannt, dass die Turnhalle im rückwärtigen Bereich der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule (Dr. Alberto Jonas-Haus) in der Karolinenstraße 35 von der Stadt verkauft werden könnte. Es war sogar von einem möglichen Verkauf im Höchstgebotsverfahren die Rede; offenbar hatten benachbarte Investoren ein Auge auf das Gelände nahe den Messehallen geworfen.

Man muss sich das vorstellen: Die 1900 von Ernst Friedheim entworfene Turnhalle diente den Schülerinnen der Töchterschule für den Sport- und Zeichenunterricht. Nach Auflösung der Jüdischen Gemeinde und ihrer Einrichtungen wurde die Halle zuletzt noch, d.h. im Herbst 1941, als Gepäcksammlung für die nach Minsk und Riga deportierten jüdischen MitbürgerInnen genutzt. Das im Rahmen der so genannten Arierisierung 1942 zwangsweise auf die Stadt übergegangene Grundstück Karolinenstraße 35 war dann Ende 1953 Gegenstand von Verhandlungen mit der Jewish Trust. Hamburg zahlte in diesem Zusammenhang für das Grund-



Dringend sanierungsbedürftig: Die Turnhalle im Karoviertel

stück (Schulgebäude, Turnhalle) einen gewissen Ausgleichsbetrag. Sollte das geschichtsträchtige Gebäude, das zuletzt auch eine Rolle für verschiedene (Stadtteil-) Sportangebote spielte, nun irgendwelchen Spekulanten zum Opfer fallen? Das durfte nicht sein!

Proteste aus dem Quartier, vor allem aus dem örtlichen Sanierungsbeirat, ließen mich aufmerken. Ende Juni und nochmals Mitte Oktober versuchte ich, mit zwei Kleinen Anfragen an den Senat (Drucksachen 19/607 und 19/1271) weitere Informationen zu bekommen und dadurch auch das große Interesse der Öffentlichkeit an einer vernünftigen, jedenfalls gemeinnützigen oder öffentlichen Nutzung zu unterstreichen. In den beiden Senatsantworten wurde deutlich, dass durchaus die Gefahr einer Veräußerung bzw. Privatisierung bestand. Zu lesen war nämlich davon, dass »die Überlegungen« der zuständigen Behörde für Schule und Berufsbildung »noch nicht abgeschlossen« seien. Der öffentliche Druck vor allem aus dem Karo Viertel selbst hat nun für einen absehbaren Er-

folg gesorgt. Nach längerem Hin und Her scheint klar zu sein, dass die Turnhalle nicht an renditeorientierte Investoren, sondern in das Eigentum bzw. die Nutzung der Liberalen Jüdischen Gemeinde übergeht. Dieses positive Ergebnis teilte mir kürzlich Schulsenatorin Christa Götsch mit, der ich für die Entscheidung dankte. Im Übrigen beglückwünsche ich den örtlichen Sanierungsbeirat und die StadtteilaktivistInnen zu ihrem errungenen, ja erstrittenen Erfolg. Doch noch hat es keine formale Bestätigung dieser mündlichen Mitteilung gegeben. Es heißt also, aufmerksam die Entwicklungen weiter zu verfolgen!

Es bleibt allerdings die Forderung, dass dringend eine Erweiterung der völlig unzureichenden Turnhallenkapazitäten vorgenommen werden muss. Mittlerweile seit knapp zehn Jahren ist im gesamten Bezirk Hamburg-Mitte keine neue Halle entstanden, im Gegenteil sind verschiedene (z.B. die in der Rostocker Straße) einer öffentlichen Sportnutzung entzogen worden.

## Wider den drohenden Kulturverlust



»Hinterleuchtete« Säule an der Kirchenallee (Foto: Michael Joho)

Die »Hamburger Außenwerbung« (HAW) als Teil der »Ströer Deutsche Städtemedien GmbH« hat angekündigt, den größten Teil der rund 1.600 in Hamburg noch existierenden Litfaßsäulen im Laufe der nächsten Monate abzureißen und durch so genannte hinterleuchtete Säulen zu ersetzen. Mehr als verwunderlich ist für mich, dass diese Mitteilung zwar die Gemüter z.B. der LeserInnen des »Hamburger Abendblatts« erregt (siehe etwa das »Abendblatt-Forum« im Netz), aber die etablierten Parteien das Thema offensichtlich kaltlässt. Und Simone Meyer macht sich in der »Welt am Sonntag« vom 23.11.2008 lustig über DIE LINKE, die offenbar als einzige Kraft in Hamburg »einen Akt der kulturellen Barbarei« wirt-

tert« und den Protest unterstützt. Ist es mit der SPD, der GAL und der CDU so weit gekommen, dass ihnen das städtische Erscheinungsbild geradezu egal ist? Simone Meyer hat sich in ihrer Meldung vom »Rathausmarkt« auf eine Presseerklärung der LINKEN bezogen, die wir hier in Auszügen wieder geben.

Tatsächlich stellen die Litfaßsäulen teilweise seit vielen Jahrzehnten für die BürgerInnen so etwas wie Wegmarken und Wiedererkennungssymbole dar. Ähnlich wie Uhren erfüllen sie in den Vierteln eine Informations- und Orientierungsfunktion. Darüber hinaus verfügen viele der Litfaßsäulen über einen besonderen Charme; immerhin fünf von ihnen sind sogar begehbar. Ein flächendeckender Abriss der altehrwür-

digen, z.T. noch aus den 1920er Jahren stammenden Litfaßsäulen wäre ein herber Kulturverlust. Um so kritikwürdiger ist, dass bisher keine einzige der Litfaßsäulen unter Denkmalschutz gestellt wurde, lediglich fünf gelten als »erkannte Denkmäler« (Senats-Drucksache 19/527 vom 17.6.2008).

Die Ersetzung der historischen Litfaßsäulen durch die »City-Light-Säulen« geht noch mit einem anderen Kulturverlust einher. Konnten auf den alten Säulen bisher ein bis zwei Dutzend Firmen und Kultureinrichtungen für ihre Produkte und vor allem Veranstaltungen werben, sollen zukünftig nur noch zwei Großplakate Platz finden. Der Preis für die einwöchige Präsentation auf 500 der neuen Säulen ist mit über 100.000 Euro so dramatisch hoch – fast 30mal so viel wie bei den alten Litfaßsäulen –, dass gemeinnützige oder kulturelle Institutionen auf diese Form der Bewerbung in Zukunft vollständig verzichten müssten. Dies verschlechtert die Werbechancen für viele kleine Anbieter und nichtkommerzielle Veranstalter ebenso drastisch, wie es die Informationsmöglichkeiten interessierter BürgerInnen nachhaltig beschneidet.

»Es ist ein Akt der kulturellen Barbarei,« so habe ich das in der Presseerklärung formuliert, »mit welcher Ignoranz die HAW die seit vielen Jahrzehnten zum Stadt(teil)bild gehörenden Litfaßsäulen behandelt; es ist ein Übel, die von den Menschen geschätzten Markierungspunkte durch aalglatte »City-Light-Säulen« zu ersetzen; und es ist ein Skandal, dass die Werberechte auf den Litfaßsäulen von der Stadt privatisiert und zum reinen Renditeobjekt degradiert worden sind, mit der Folge, dass de facto auf den Säulen keine Werbemöglichkeiten mehr für kulturelle bzw. gemeinnützige Veranstalter bestehen. Vom Senat ist zu verlangen, dass die Litfaßsäulen auch künftighin ihre Werbe- und Informationsfunktion zu erschwinglichen Preisen erfüllen. Vom Senat ist zu fordern, dass er endlich eine größere Anzahl der Litfaßsäulen unter



Was in Krakow geht, ginge auch bei uns: Es müssen ja nicht Zigaretten sein... (Foto: Michael Joho)

Denkmalschutz stellt. Im Übrigen sollte jedem Viertel eine solche an zentraler Stelle überlassen werden, um sie – ähnlich wie in St. Georg, wo es bereits mit der HAW vereinbart ist – als kommunale Säule für Stadtteilzwecke zu nutzen.« (Siehe dazu auch die Bürgerbriefe vom 26.6. und 14.7.2008)

## Mehr, besser und preiswerte Wohnungen!

so lautet der Titel einer von der Linksfraktion in der Bürgerschaft herausgegebenen Broschüre. Die AutorInnen Joachim Bischoff, Michael Joho und Antje Schellner erläutern darin die »Eckpunkte einer sozialen Wohnungspolitik für Hamburg«. Sie bewerten den viel zu knappen, teuren und ungerechten Mietwohnungsmarkt, untersuchen die Rolle insbesondere der SAGA GWG und der Genossenschaften, analysieren die Wohnbedingungen besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen und entwickeln daraus die zentralen wohnungspolitischen Forderungen. Die Broschüre ist ab sofort in der Landesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE (Kreuzweg 7) sowie in meinem Abgeordnetenbüro (Borgfelder Straße 83) zu erhalten. Aus dem Eckpunkte-Papier zitiere ich die zu Beginn aufgeführten »Leitlinien für die Politik der LINKEN«:



1. Unterstützung aller Formen von BürgerInnenprotesten gegen die Missachtung des Grundrechts auf eine angemessene Wohnung!

2. Wir fordern konkrete Sofortmaßnahmen – Erhöhung des Wohngeldes, keine Zwangsumzüge, Ausbau von Hilfsangeboten, Stopp der drastisch steigenden Mietnebenkosten!

3. Das Herausfallen von Tausenden Sozialwohnungen aus der Sozialbindung muss gestoppt werden!

4. Die öffentlichen Unternehmen SAGA/GWG können zu einer anderen Politik veranlasst werden. Zusammen mit den Genossenschaften müssen die öffentlichen Unternehmen ein Gegengewicht zu den unsozialen Marktentwicklungen bilden!

5. Ankurbelung eines sozialen Mietwohnungsneubaus, Stopp der Vernichtung von Wohnraum!

## Was ist eine soziale Erhaltenssatzung?



Gegen den Aufwertungs- und Umwandlungswahnsinn in St. Pauli

Der Stadtteilbeirat St. Georg und der Sanierungsbeirat Böckmannstraße haben für Dienstag, den 9. Dezember, um 18.30 Uhr in die Pausenhalle der Heinrich-Wolgast-Schule am Carl-von-Ossietzky-Platz (an der Langen Reihe) eingeladen, um über ein Thema zu diskutieren, das für alle innerstädtischen und (absehbar) in den Aufwertungsstrudel geratenden Quartiere wie z.B. Wilhelmsburg von großer Bedeutung ist: die soziale Erhaltenssatzung. Seit über zehn Jahren fordern die St. Georger Initiativen mit Ausnahme des örtlichen Bürgervereins und des Grundeigentümergeverbandes eine solche für ihren Stadtteil. Dem liegt die bittere Erfahrung zugrunde, dass hier im vergangenen Jahrzehnt knapp 300 ehemals günstige Miet- in teure Eigentumswohnungen umgewandelt und darüber hinaus gut 200 Eigentumswohnungen neu gebaut worden sind. 500 neue Eigentumswohnungen bei einem Bestand von 5.000 Wohnungen in diesem Viertel insgesamt – ein Faktor, der nicht nur für die so genannte Aufwertung, sondern insbesondere auch für die Verdrängung der Menschen mit geringem Einkommen, der Familien und MigrantInnen steht. Der Anteil der Menschen ohne deutschen Pass ist von ehemals 52 auf 31% zurückgegangen, nur noch 8,9% (in Hamburg 15,5%) sind hier unter 18 Jahren.

Doch nicht nur viele eingesessene St. GeorgerInnen kritisieren diese von der Politik und den Behörden kräftig angeheizte Entwicklung, auch in anderen innerstädtischen Altbau-Quartieren machen sich ähnliche Entwicklungen bemerkbar. In Ottensen sind in die Hinterhöfe lukrative Designer- und Werbeagenturen eingezogen, St. Pauli und das Schanzenviertel stöhnen ob des Aufwertungs- und Verdrängungsdrucks, aus Wilhelmsburg ist vermehrt von drastischen Mieterhöhungen bis zu 20% zu hören.

Welche Möglichkeiten bietet nun die soziale Erhaltenssatzung mitsamt einer damit verbundenen Umwandlungsver-

ordnung? Die Grundlage stellt das Baugesetzbuch (BauGB) dar. Im § 172 Absatz 1 heißt es: »Die Gemeinde kann in einem Bebauungsplan oder durch eine sonstige Satzung Gebiete bezeichnen, in denen ... zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung ... der Rückbau, die Änderung oder die Nutzungsänderung baulicher Anlagen der Genehmigung bedürfen... Die Landesregierungen werden ermächtigt, für die Grundstücke in Gebieten einer Satzung ... durch Rechtsverordnung mit einer Geltungsdauer von höchstens fünf Jahren zu bestimmen, dass die Begründung von Wohnungseigentum oder Teileigentum ... an Gebäuden, die ganz oder teilweise Wohnzwecken zu dienen bestimmt sind, nicht ohne Genehmigung erfolgen darf.« Im Klartext bedeutet dieses Juristendeutsch, dass die Stadt – in Hamburg der Bezirk – die Möglichkeit bekommt, Einfluss auf den Wohnungsmarkt zu nehmen.

Unter sozialdemokratischer Ägide war 1995 schon einmal eine solche Erhaltenssatzung für die Wohnquartiere Eimsbüttel-Nord/Hoheluft-West, Barmbek-Süd/Uhlenhorst und Südliche Neustadt erlassen worden, ergänzt durch eine Umwandlungsverordnung 1998. »70.000 Mieter sollten so vor Umwandlung, Luxusmodernisierung und Kündigung geschützt und die soziale Struktur der Viertel bewahrt werden«, schrieb die taz-Hamburg Anfang 2004, kurz nachdem der CDU-Senat die beiden erst genannten sozialen Erhaltenssatzungen kassiert hatte. »Modernisierungen und Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentum mussten seitdem behördlich genehmigt werden, umgewandelte Wohnungen konnten sieben Jahre lang nur an ihre Mieter verkauft werden. Zudem besaß die Stadt bei Grundstücksveräußerungen ein Vorkaufsrecht.«

Gegen die Aufhebung der sozialen Erhaltenssatzungen protestierten 2004 die Mieterverbände Hamburgs. Klar, denn die Zahl der renditeträchtigen Umwandlungen hatte sich zwi-

schen 1998 und 2003 in allen drei Gebieten drastisch verringert, die Aufwertung konnte also gedrosselt werden. Die Grund- und Hauseigentümer dagegen jubilierten, denn kaum war der Erlass in zwei der drei Gebiete 2004 gefallen, setzte eine massive Umwandlungswelle und verschärfte Aufschickung vor allem in Eimsbüttel ein. Einzig die Südliche Neustadt konnte sich eine Umwandlungsverordnung bewahren und das Verdrängungspotenzial damit begrenzen. Unter Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk (GAL) wird zur Zeit daran gebastelt, die Verordnung nochmals um fünf Jahre, d.h. bis Ende 2013, zu verlängern. Ein vernünftiger Schritt, den DIE LINKE begrüßt.

Eine das Umwandlungstempo wenn schon nicht grundsätzlich verhindernde, so doch massiv verzögernde Verordnung hätte auch St. Georg spätestens seit Ende der 1990er Jahre dringend nötig gehabt. Doch die damals im Bezirk Mitte amtierende Koalition aus SPD und CDU verhinderte genau dies: Ende 2002 lehnte sie explizit eine soziale Erhaltungssatzung für St. Georg ab, wider alle Wahlversprechen, wider die Be-

schlusslage im Stadtteilbeirat, wider ein von der ehemaligen Stadtentwicklungsbehörde in Auftrag gegebenes und im Mai 2002 vorgelegtes Gutachten.

Wenn jetzt am 9. Dezember erneut über eine soziale Erhaltungssatzung für St. Georg oder zumindest das auslaufende Sanierungsgebiet im Bereich Böckmannstraße diskutiert wird, dann ist dies nicht nur für diesen Stadtteil von eminenter Bedeutung. Nicht zufällig haben sich auch andere Initiativen aus dem Umfeld z.B. des Arbeitskreises MieterInnenrat Hamburg gerade diesen Termin notiert. Die soziale Erhaltungssatzung samt Umwandlungsverordnung ist schließlich eines der wenigen rechtlichen Instrumentarien, mit denen überhaupt der unsoziale Marktradikalismus im Wohnungsbereich beeinflusst werden kann. Ich werde mich daher - ebenso wie die St. Georger Stadtteilgruppe und DIE LINKE insgesamt - dafür einsetzen, diese Mittel nicht nur für St. Georg, sondern für alle von einer Umwandlungswelle heimgesuchten, von Aufwertung und Verdrängung bedrohten Viertel schnellstmöglich zur Anwendung zu bringen.

## Das nächste Millionengrab?



Wo laufen sie hin? Ins nächste Millionengrab?

Angesichts der sich immer höher auftürmenden Kosten für die Elbphilharmonie, deren sofortigen Baustopp DIE LINKE fordert, geraten andere Leuchtturmprojekte der Senatskoalition gegenwärtig ein wenig aus dem Blickfeld. Ich will hier auf ein solches aufmerksam machen, das mit immerhin 11 Mio. Euro im Haushaltsplanentwurf eingestellt ist: Die geplante kombinierte Pferdebahn in Horn, die womöglich bis zu 50 Mio. kosten dürfte!

Seit Ende der 1990er Jahre wird in einschlägigen Kreisen um die Zukunft des Pferde(wett)sports in Hamburg gestritten, flankiert von Skandalchen und Pleiten. Auf Grund ungünstiger Ertragslagen wurde es ab Anfang der 2000er Jahre im-

mer drängender, eine Lösung zu finden. Immerhin, so betonte die CDU, sei Hamburg »eine Stadt des Pferdesports« mit 8.500 ReitsportlerInnen auf 4.000 Pferden in 70 Reit- und Fahrvereinen, mit 50 Reithallen und 120 km Reitwegenetz. Daneben sei Hamburg-Horn aber vor allem der Austragungsort des »internationalen Events« Deutsches Galoppderby, an dem angeblich zu »familienfreundlichen Eintrittspreisen« 2007 rund 82.000 ZuschauerInnen teilgenommen hätten (Lars Dietrich, CDU, in der Bürgerschaftsdebatte am 8.11.2007).

Dennoch spitzten sich die ökonomischen Verhältnisse in den ersten 2000er Jahren zu, sodass die Frage im Raum stand, wie mit der altehrwürdigen Galopprennbahn in Horn (seit

1869) einerseits und der Trabrennbahn in Bahrenfeld andererseits umgegangen werden soll. 2006 gab der Senat beim Immobilien- und Entwicklungsunternehmen »Ernst & Young« ein Gutachten in Auftrag, das alleine gut 100.000 Euro verschlang und bei der Präsentation der ersten Fassung am 1.12.2006 als »streng geheim« eingestuft wurde. Der Inhalt des Auftrages: Zu prüfen, wie die defizitären Rennbahnen in Horn (jährlich ca. 0,4 Mio. Verlust) und Bahrenfeld (ca. 0,65 Mio. Verlust) künftig kostendeckend betrieben werden können und vor allem der Ruf Hamburgs als »Pferdehauptstadt« nicht aufs Spiel gesetzt würde.

In einem erweiterten und Anfang März 2007 vorgelegten, jedoch ebenfalls nicht veröffentlichten Gutachten wurde empfohlen, die Trabrennbahn in Bahrenfeld aufzugeben und das Gelände zu verkaufen. Eine als Beitrag zum »Sprung über die Elbe« vorgeschlagene »Kombi-« oder »Doppelrennbahn« in Wilhelmsburg wurde wegen der kalkulierten 100 Mio. Euro Kosten und des späten Fertigstellungstermins 2011 verworfen. Nach mehrmonatiger Diskussion von vier beteiligten Staatsräten fiel im Juni 2007 schließlich die Entscheidung zugunsten einer Kombibahn auf dem Horner Gelände, dafür sollte die Bahrenfelder Trabrennbahn

2009 aufgelöst bzw. das Gelände verkauft werden. Projektierete Umbaukosten: »nur« 30 bis 50 Mio. Euro.

Anderthalb Jahre sind seitdem ins Land gezogen und aus dem ursprünglich noch in CDU-Senatszeiten kreierten Projekt ist mittlerweile eines der ganz großen Koalition geworden: Sowohl in der Koalitionsvereinbarung von SPD und GAL im Bezirk Mitte als auch im Vertrag zwischen der CDU und der GAL auf Senatsebene ist die Kombibahn fixiert worden. Und in beiden Papieren wird sie in den Zusammenhang einer gewünschten Aufwertung Horns gerückt.

DIE LINKE wird in der Etatdebatte nicht nur die Frage aufwerfen, wie es sich mit den tatsächlichen Gesamtkosten verhält, sie wird auch einen Antrag stellen, die - nennen wir es - erste Rate in Höhe von 11 Mio. Euro abzulehnen. Wir wollen kein weiteres Millionengrab, wir benötigen keine Superanlage in Horn, die übers Jahr gesehen überhaupt nur an wenigen Wochenenden frequentiert wird. Und erst recht brauchen wir keine Kombibahn, solange viele Sportstätten marode und dringend sanierungsbedürftig sind und die Baukosten in Horn beträchtlich höher ausfielen als der allgemeine Hamburger Sportförderbeitrag, von dem ja Hunderttausende BürgerInnen in den Vereinen und Schulen einen Vorteil haben.

## »In St. Georg ist der Teufel los«



ver.di-Vertreterin Emilija Mitrovic

Seit einigen Monaten wird die Einrichtung »Ragazza« in der Brennerstraße 19 von einer kleinen Gruppe von AnwohnerInnen scharf kritisiert: Sie werfen der Beratungsstelle für sich prostituierende drogenabhängige Frauen vor, für all den Schmutz auf den Gehwegen, die Freier in den Autos und die Aggressivität der Szene etc. verantwortlich zu sein. Doch ihre Forderung, den seit 17 Jahren in St. Georg ansässigen An-

laufpunkt zu verlegen, trifft bei den Stadtteilgruppen und im Beirat nicht auf Zustimmung. Frisch ist noch der Eindruck, welche Entlastung die Eröffnung der niedrigschwelligen Einrichtungen wie des »Drob Inn«, des »Café Sperrgebiet« und eben des von Domenica Niehoff ins Leben gerufenen »Ragazza« gerade in den Wohngebieten mit sich brachte.

Es sei daher allen Interessierten nahe gelegt, sich selbst ein Bild von den Verhältnissen und von der Arbeit vor Ort zu machen. Am Mittwoch, dem 10. Dezember, besteht dafür eine gute Gelegenheit, wenn das Ragazza von 15 bis 19 Uhr einen »Tag der offenen Tür« veranstaltet.

Und auch mein Kulturtipp bezieht sich auf diesen Bereich: »In St. Georg ist der Teufel los«, heißt es nämlich bereits zwei Tage zuvor, also am Montag, dem 8. Dezember, um 20 Uhr, im »Polittbüro« (Steindamm 45). Der vor allem aus Fachleuten zusammengesetzte »Hamburger Ratschlag Prostitution« lädt an diesem Abend ein zu einer kabarettistischen Lesung, zu Liedern und Szenen rund um den Arbeitsplatz Prostitution. Vortragende sind Lisa Politt, Thomas Ebermann und Gunter Schmidt. Anschließend folgt dazu eine von der Gewerkschaft ver.di organisierte Podiumsdiskussion unter Leitung von Emilia Mitrovic. Der Eintritt ist frei.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an - zum Beispiel während meiner **Sprechstunde donnerstags von 16:00 bis 18:00 Uhr im BürgerInnenbüro der LINKEN in der Borgfelder Straße 83** -, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.